

Vernehmlassungsentwurf

GEMEINSAM LUZERN VORWÄRTS BRINGEN!

WAHLPLATTFORM SP Kanton Luzern
Kantonsratswahlen 2011





SOZIALE GERECHTIGKEIT – ARMUT IN LUZERN BEKÄMPFEN!

Armut und soziale Ausgrenzung sind eine Realität im Kanton. Die Schere zwischen Arm und Reich öffnet sich kontinuierlich und zersetzt den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Zu tiefe Einkommen bereiten immer mehr Menschen finanzielle Sorgen. Armut und soziale Ausgrenzung sind auch politisch verursacht. Die SP kämpft hier für Fortschritte. Neben verbindlichen Mindestlöhnen verlangt sie deshalb auch die Steuerbefreiung des Existenzminimums und mehr Prämienverbilligung bei der Krankenkasse. Damit niemand von der selbstständigen und selbstbestimmten Teilhabe an der Gesellschaft ausgeschlossen bleibt!

Das fordert die SP

- Die Steuerbefreiung des Existenzminimums entlastet tiefe Einkommen. Die Beseitigung der unfairen Schwelleneffekte schafft nachhaltige Anreize für den Wiedereintritt in die Erwerbstätigkeit.
 - Die Prämienverbilligung wird als effizientes Mittel gegen Armut eingesetzt. Einkommensschwache Familien, Alleinerziehende und Niedrigqualifizierte werden gezielt und ohne zusätzliche Verwaltungskosten unterstützt.
 - Der Bau von günstigem Wohnraum wird gefördert sowie der Boden und Wohnungen vor Spekulation geschützt.
- Der Kanton stärkt und bevorzugt den gemeinnützigen Wohnungsbau.
- Sockel-Arbeitslosigkeit wird nicht einfach hingenommen sondern Vollbeschäftigung angestrebt. So lange die Wirtschaft nicht Arbeit für Alle bietet, so lange muss der Kanton die fehlende Arbeit ersetzen.
 - Damit die Forderung von Eingliederung vor Rente auch umgesetzt werden kann, müssen grössere Betriebe und Verwaltungen verpflichtet werden, mindestens ein Prozent Behinderte anzustellen.



ENERGIE UND UMWELT – ARBEITSPLÄTZE DANK ERNEUERBARER ENERGIEN!

Im Bereich Umwelt und Energie besteht eine grosse Lücke zwischen Zielen und Erreichtem auf. Gründe dafür sind mangelnde Mittel und fehlender politischer Wille. In Sachen Förderung erneuerbarer Energien ist Luzern das schweizerische Schlusslicht. Die SP verlangt, dass Luzern endlich vorwärts macht bei der Förderung von Solarthermik und Gebäude-Sanierungen. Dies entlastet nicht nur die Umwelt sondern schafft auch nachhaltige Arbeitsplätze im cleantech-Bereich. Damit nicht noch mehr Grünland für immer verschwindet, und um die Gewässer vor Gülle-Unfälle und Überdüngung zu entlasten braucht es strengere Umweltvorschriften.

Das fordert die SP

- Bis ins Jahr 2035 wird der kantonale Heizenergie-Bedarf um 50 Prozent gesenkt und vollumfänglich über CO2-neutrale erneuerbare Energie gedeckt.
- Eine statt sechs Tonnen CO2 pro Person und Jahr sind genug! Der Kanton orientiert sich am ETH-Modell der 2000 Watt-Gesellschaft.
- Mit mehr Mitteln zur Förderung erneuerbarer Energien, einer ausgebauten Energie-Beratung, dem Verbot von Elektroheizungen und der steuerlichen Entlastung der Solarthermik werden diese Ziele erreicht.
- Die raumplanerischen Fehler der Vergangenheit müssen korrigiert werden. Eine Besteuerung von Bauland nach Verkehrswert macht das Horten von Land unattraktiv. Mit der Abschöpfung des Mehrwerts bei Einzonungen werden Auszonungen finanziert.
- Nirgends werden mehr Bäche durch Gülle verschmutzt, nirgends sterben mehr Fische an Gülle als im Kanton Luzern. Dagegen wird stärker vorgegangen – präventiv wie auch strafrechtlich.



NACHHALTIGER VERKEHR – DEN TIEFBAHNHOF BAUEN, STATT NUR DAVON REDEN!

Ein funktionierendes Verkehrssystem ist für Gesellschaft und Wirtschaft von grosser Bedeutung. Die SP setzt sich stets für die effizienteste und umweltfreundlichste Verkehrsart ein. Das heisst der Öffentliche Verkehr (ÖV) hat Vorfahrt und Fuss – und Veloverkehr werden gefördert, statt gegeneinander ausgespielt. Denn die grösste Quelle von CO₂, Feinstaub, Ozon und anderen Schadstoffen ist immer noch der Autoverkehr. Um den Anschluss ans nationale und internationale Verkehrsnetz nicht zu verpassen, braucht Luzern deshalb keine neuen milliardenteuren Autobahn-Bypass und weiteres Lavieren zum Tiefbahnhof. Wer den Tiefbahnhof will, muss jetzt auch die Vorfinanzierung sicherstellen.

Das fordert die SP

- Mit dem Fonds zur teilweisen Vorfinanzierung des Tiefbahnhofs Luzern wird die Grundlage für den Viertelstundentakt nach Zürich und den Ausbau der S-Bahn gelegt.
- Statt Linien wegzusparen werden die Busverbindungen ausgebaut attraktiver gestaltet: Mit Bus-Bevorzugung, Rufbussen, verbessertem Nachtsternetz und günstigen Tarifen.
- Die kantonalen Radrouten werden zügig fertig gebaut und genügend Velo-Abstellplätze bei den Haltestellen des ÖV erstellt.
- Mit Temporeduktionen, sicheren Schul- und Velowegen und dem konsequenten Kampf gegen Raser wird die Vision Zero des Strassenverkehrs ohne Verkehrstote angestrebt.
- Der Autoverkehr ist der grösste Umweltsünder. Eine konsequente Verlagerung und Ausrichtung auf andere Verkehrsträger entlastet Mensch und Umwelt.



FINANZEN UND WIRTSCHAFT – GERECHTE STEUERN STATT STEUERFLÜCHTLINGE!

Die massiven Steuersenkungen der letzten Jahre müssen mit schmerzlichen Abbaupaketen bezahlt werden und schaden letztlich der Mehrheit der Bevölkerung: Leistungen wurden abgebaut und Gebühren erhöht. Die SP verlangt ein Ende dieser Umverteilung von Unten nach Oben. Auch die Bilanz der bürgerlichen Wirtschaftspolitik ist klar negativ. Das Einkommen pro Kopf der Bevölkerung liegt nach wie vor rund 20% unter dem nationalen Durchschnitt! Luzern braucht keine Briefkastenfirmer sondern starke produzierende Unternehmen, die nachhaltige Arbeitsplätze schaffen. Die SP kämpft für eine Demokratisierung der Wirtschaft und endlich gerechte Löhne.

Das fordert die SP

- Dem ausufernden Steuerwettbewerb müssen klare Schranken gesetzt werden. Der Kanton Luzern verzichtet auf Steuersenkungen, die nur mit Sparpaketen finanziert werden können. Die Pauschalbesteuerung reicher Ausländer wird abgeschafft.
- Der Kanton Luzern stärkt die einheimische Wirtschaft und fördert innovative Unternehmen, die gute und sichere Arbeitsplätze schaffen. Der Wissenstransfer Fachhochschulen und Universität zur Wirtschaft wird gestärkt.
- Abzockerlöhne werden auch im Kanton Luzern bekämpft. Die Lohnungleichheit von Mann und Frau muss reduziert werden. Z. B. mit strengeren Lohnrichtlinien, einer stärkeren Progression bei der Einkommenssteuer und der Förderung von diesbezüglich vorbildlichen Unternehmen. Nichtbezahlte Arbeit muss gerechter verteilt werden.
- Ausgezeichnete Infrastrukturen und Service Public sind wichtige Standortfaktoren und dürfen nicht vernachlässigt werden. Die Bevölkerung muss hier mitbestimmen können.
- Auch die Privatwirtschaft muss demokratischer werden, beispielsweise mit der Förderung von Genossenschaften und mehr Mitsprache in den Betrieben.



GESUNDHEIT UND PFLEGE – GESUNDHEIT IST MEHR WERT!

Gesundheit hat ihren Preis, denn die Fortschritte in Medizin und Pflege haben uns mehr Lebensjahre und ein gesünderes Altern gebracht. Die fatale Sparpolitik der Bürgerlichen greift jedoch die Substanz des kantonalen Gesundheitssystems an. Die kurzfristigen Einsparungen der Mittel für Prävention generieren immense Folgekosten. Und immer noch gibt es keine griffigen Massnahmen gegen den akuten Mangel an Pflegepersonal (bis 2020 fehlen in der Schweiz 25'000 Pflegendel!) und Hausärzten. Stattdessen setzt der Kanton auf eine ungesunde Wettbewerbspolitik sowie Privatisierungen mit sinkender Versorgungsqualität und höherem Kostendruck für Personal und PatientInnen.

Das fordert die SP

- Nein zur Zweiklassenmedizin! Die Gesundheitsversorgung muss für alle Menschen unserer Gesellschaft in gleichem Masse zugänglich sein.
- Die medizinische Grundversorgung muss überall gewährleistet sein. Wir unterstützen die Schaffung von Gemeinschaftspraxen mit einem fixen Grundlohn für Hausärzte und der Förderung der Hausarztmedizin. Kantonale Beiträge an die Spitex garantieren den nötigen Ausbau auf der Landschaft und sorgen für gleiche Qualität innerhalb des Kantons.
- Die Gesundheits-Prävention soll vorangetrieben werden. Eine gute Prävention verhindert unnötiges Leid und senkt im Endeffekt die Kosten.
- Notwendige Investitionen in Spitäler werden nicht auf die PrämienzahlerInnen verlagert. Dank einem Gesundheitswesen in den Händen der Öffentlichkeit kann diese auch auf künftige Entwicklungen Einfluss nehmen.
- Arbeitsplätze im Gesundheitswesen sollen gesund und attraktiv sein. Dies bedingt mehr Anstrengungen bei der Ausbildung, Rekrutierung und Erhaltung von Pflegepersonal



BILDUNG FÜR ALLE – MEHR INVESTITIONEN IN DIE BILDUNG!

Die Bildung ist einem schnellen Wandel unterworfen. Die Anforderungen an die Volksschule werden immer höher, die Bedingungen aber schlechter. So lässt der Mehrwert der Reformen für die Betroffenen zu wünschen übrig, obwohl die Belastung steigt. Die Qualität des Unterrichts bleibt so nicht mehr gewährleistet, trotz grossem Aufwand bei der Qualitätssicherung. Fehlende Mittel gibt es auch im Tertiärberich. Hochschulen und Universität sind immer noch im Aufbau doch bereits tritt man auf die Finanzbremse. Der Lehrpersonenmangel nimmt dramatisch zu, trotzdem werden der Pädagogischen Hochschule die finanziellen Mittel massiv gekürzt. Die SP fordert wohlüberlegte Reformen und eine Schule die den Menschen ins Zentrum stellt und nicht die Wirtschaft.

Das fordert die SP

- Kein Sparen bei der Bildung! Vor weiteren Volksschulreformen müssen die bisherigen Neuerungen konsolidiert und evaluiert werden. Dazu braucht es genügend Mittel.
- Mit einem Berufsbildungsfonds und der Förderung von Unternehmen, die Lehrabgängerinnen und -abgänger weiter beschäftigen, wird jungen Leuten eine faire Chance auf dem Arbeitsmarkt geboten.
- Mit Investitionen in die Frühförderung werden allfällige Defizite verringert und ein erfolgreicher Start in die Schule gewährleistet. Begabung und Leistung sollen in der Aus- und Weiterbildung der einzige
- Erfolgsfaktor sein. Der Kanton Luzern strebt ein harmonisiertes Stipendienwesen an und nimmt darin einen Spitzenplatz ein.
- Uni und Fachhochschulen sind eine Erfolgsgeschichte und dürfen nicht schon wieder in ein zu enges Finanzkorsett gesteckt werden. Einzelne Fachrichtungen und Schulen werden nicht gegeneinander ausgespielt.
- Um den Lehrberuf wieder attraktiv zu gestalten wird die Belastung der Lehrpersonen gesenkt. Konkurrenzfähige Löhne sind ein gutes Mittel gegen den Lehrermangel.



INTEGRIEREN STATT AUSGRENZEN – DEN GESELLSCHAFTLICHEN ZUSAMMENHALT FÖRDERN!

Die neoliberale Wettbewerbspolitik hat dafür gesorgt, dass die Bevölkerung im Kanton Luzern immer mehr gegeneinander statt miteinander lebt. Die SP setzt auf Integration statt Ausgrenzung und kämpft gegen jegliche Form von Diskriminierung. Alle Personen sollen unabhängig von Herkunft, Geschlecht, Religion, Alter, Behinderung oder sexueller Orientierung unter den gleichen Voraussetzungen die gleichen Chancen haben. Auch gemeinsame Kulturerlebnisse bilden gesellschaftlichen Kitt und sollen im ganzen Kanton für alle möglich sein.

Das fordert die SP

- Der Kanton erlässt ein Integrationsgesetz mit einem umfassenden Diskriminierungsverbot – nicht nur für Migrantinnen und Migranten.
 - Frühförderung und einkommensabhängige Sprachkurse sorgen für mehr Chancengleichheit in Schule und Beruf. Sie müssen unterstützt und ausgebaut werden.
 - Wer längerfristig hier lebt soll auch mitbestimmen dürfen. Für niedergelassene Ausländer wird das
- Stimmrecht auf kantonaler und kommunaler Ebene eingeführt.
 - Ob bei Sonderwünschen beim Schwimmunterricht oder dem Bauverbot für Minarette: wir wollen keine Sonderregelungen für religiöse oder ethnische Bevölkerungsgruppen.
 - Kulturförderung umfasst das ganze Kantonsgebiet und muss auch nicht etablierter Kultur zu gute kommen.



SICHERHEIT GEWÄHRLEISTEN – MEHR SICHERHEIT DURCH MEHR POLIZEI UND PRÄVENTION!

Der bürgerliche Spardruck führte zu Lücken in der Polizeipräsenz und zu einer zunehmenden Verschiebung hin zu privaten Sicherheitskräften ohne demokratische Kontrolle. Sicherheit ist aber ein Grundbedürfnis und kein Geschäft! Die SP will eine Polizei, die im steten Kontakt mit der Bevölkerung ihren umfangreichen und anspruchsvollen Auftrag wahrnehmen kann. Gewalt und kriminelles Handeln müssen konsequent bekämpft werden. Am sinnvollsten ist noch immer, wenn mit präventiven Massnahmen Kriminalität und Gewalt verhindert werden können!

Das fordert die SP

- Polizei, Strafverfolgungsbehörden und Gerichte erhalten die benötigten Mittel um ihre Arbeit im Dienste der Bevölkerung des Kantons effizient zu erledigen.
- Am Gewaltmonopol des Staates darf nicht gerüttelt werden! Nicht Private sondern Quartier- und GemeindepolizistInnen oder die SIP sollen für Ruhe und Ordnung sorgen.
- Als Tiefsteuerkanton muss Luzern mit mehr Wirtschaftskriminalität rechnen. Auch die Informationstechnologien bergen neue Gefahren (Internetkriminalität, einfachere Verbreitung Kinderpornographie, etc.) Hier darf bei der Bekämpfung nicht gespart werden!
- Der Kanton fördert und finanziert präventive Massnahmen, die eine friedliche Lösung von Konflikten zum Ziel haben (SIP, Mediation, Ombudsstellen, Fanarbeit, Gewaltberatung, etc.)
- Auch eine stärkere Kontrolle von Schusswaffen wirkt präventiv gegen Gewaltverbrechen und Suizid.